

The show must not go on



T-Shirts mit aufgedruckten Schusswunden: Basketballerinnen der Washington Mystics
Foto: Espn2 via imago

Nach den Polizeischüssen in den Rücken des Schwarzen US-Amerikaners Jacob Blake in Kenosha und zwei tödlichen Schüssen eines 17-jährigen Weißen auf Protestierende: Wie reagiert die Politik? **3**

Politischer Streik im US-Sport: Profis spielen aus Protest gegen rassistische Polizeigewalt nicht mehr **14, 19**



#NBABoycott
von Paula Troxler



14, 19

Kommentar von **Daniel Godeck** zum Bund-Länder-Beschluss zu Coronatests

Der Gesundheitsminister schafft Verwirrung

Ins vorab: Es ist gut, dass die politisch Verantwortlichen ihre Entscheidungen beim Corona-Krisenmanagement laufend hinterfragen. Denn in dieser Pandemie bewegen wir uns alle auf unbekanntem Terrain. Richtigerweise holen Kanzlerin, Länderchefs und Co. deshalb laufend den Rat von VirologInnen und anderen ExpertInnen ein. Dies führt bisweilen dazu, dass Dinge, die gestern noch als richtig galten, sich heute als falsch herausstellen. Die anfängliche Ablehnung einer Maskenpflicht ist dafür ein Beispiel.

Politiker als Lernende, so könnte man auch das Konzept von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) verstehen, die Testpflicht für Reiserückkehrer bald wieder abzuschaffen. Der Bund-Länder-Gipfel hat das am Donnerstag so beschlossen: Für Urlaubsheimkehrer aus Risikogebieten soll ab Oktober wieder primär die vierzehntägige Quaran-

tänpflicht gelten. Erst nach fünf Tagen soll ein freiwilliger Covid-19-Test möglich sein. Für Rückreisende aus Nicht-Risikogebieten soll der Gratisabstrich sogar ganz wegfallen. Als Grund nannte Spahn die fast ausgeschöpften Laborkapazitäten.

So richtig der Beschluss in der Sache sein mag – Klinik- oder Pflegepersonal sollten eher getestet werden als jeder beliebige Mallorca-Urlauber –, ist das kommunikativ ein ziemlich starkes Stück von Spahn. Ein Kursschwenk, der Planlosigkeit suggeriert. Zur Erinnerung: Es ist gerade mal vier Wochen her, dass der Minister zur besten Sendezeit im Fernsehen verkündete: Alle Urlaubsheimkehrer sollen sich testen lassen können, der Staat übernimmt sogar die Kosten. Spahns Begründung damals: Von den Tests profitiere die ganze Solidargemeinschaft.

Nun also Kommando zurück. Da stellt sich die Frage: Ist es wirklich so überraschend, dass die La-

borkapazitäten für Hunderttausende Tests innerhalb weniger Wochen nicht ausreichen? Konnte der Minister das nicht absehen? In einem riesigen Apparat wie dem Gesundheitsministerium sollte man erwarten, dass Spahn genügend fähige ReferentInnen und StaatssekretärInnen um sich hat, die das einschätzen können. Und wenn das der föderalen Struktur wegen nicht so einfach ist, hätte der Minister nicht so forsch auftreten dürfen.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hat bereits angekündigt, weiter kostenlose Tests an Autobahnen und Flughäfen anbieten zu wollen – der Freistaat trägt die Kosten selbst. Damit drückt der CSU-Chef seinerseits aus, was er vom Schlingerkurs Spahns hält. Erst „Tests für alle“ rufen, um das kurze Zeit später zu kassieren, schafft vor allem Verwirrung und schwächt Vertrauen. Das, was viele in der aktuellen Lage am wenigsten brauchen können.

Ausgabe Berlin Nr. 12324 € 2,80 Ausland € 2,20 Deutschland 4 190254 802201

Die taz wird ermöglicht durch

20.595

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22 kleinanz@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz Postfach 610229, 10923 Berlin twitter.com/tazgezwitscher facebook.com/taz.kommune

www.taz.de

Coronafolgen
Weiter keine Großevents – und immer weniger Ausbildungsplätze **2, 6**

Christchurch-Urteil
Lebenslange Haft für Terroranschlag in der Moschee – und der Täter soll vergessen werden **4-5**



100 Jahre Charlie Parker 15

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Soeben wird eingemeldet:

Die Bundesländer wollen bei Verstößen gegen die Maskenpflicht künftig ein Bußgeld von mindestens 50 Euro erheben – mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt.

Aha. Wahrscheinlich verlangen sie dort mit Rücksicht auf die kritische Wählerschaft

50 Reichsmark.